

# Protokoll

---

Datum:

20. Juni 2014

Für:

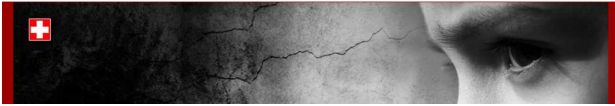
TeilnehmerInnen des Runden Tisches inkl. Stellvertretungen sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Aufstellung

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.127067 / 922/2013/01185

## Protokoll des fünften Runden Tisches vom 06. Juni 2014

<b>Vorsitz:</b>	Luzius Mader	Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM Bundesamt für Justiz
<b>Teilnehmende mit Stimmrecht:</b>	Ursula Biondi	Vertreterin administrativ Versorgte
	Wolfgang Bürgstein	Schweizer Bischofskonferenz SBK
	Daniel Cevey	Betroffener
	Jean-Louis Claude	Betroffener
	Felix Frey	Schweizerischer evangelischer Kirchenbund SEK
	Kurt Gradolf	Vertreter Zwangssterilisierte
	Claudia Grob	Fondation officielle de la Jeunesse
	Margrith Hanselmann	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK
	Lisa Hilafu	Vertreterin Zwangsadoptierte
	Thomas Huonker	Vertreter Fremdplatzierte
	Andreas Jost	Betroffener
	Andrea Keller	Integras Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik
	Peter Kopp	Schweizerischer Bauernverband SBV
	David Oberholzer	CURAVIVA Verband Heime und Institutionen Schweiz
	Sybille Oetliker	Schweizerischer Städteverband
	Claudia Scheidegger	Betroffene

	René Schüpbach	Betroffener
	Uschi Waser	Vertreterin Jenische
	Diana Wider	Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz KOKES
	Maria-Luisa Zürcher	Schweizerischer Gemeindeverband
	Walter Zwahlen	Vertreter Verdingkinder
<b>Teilnehmende ohne Stimmrecht:</b>	Elsbeth Aeschlimann	Opferberatungsstelle Zürich
	Ursula Schneider Schüttel	Parlamentarische Gruppe für Opfer von FSZM
	Beat Gnädinger	Schweizerische Archivdirektorenkonfe- renz ADK
	Sabine Jenzer	Vertreterin Historiker
	Elisabeth Keller	Eidgenössische Kommission für Frauen- fragen
	Loretta Seglias	Vertreterin Historiker
	Annegret Wigger	Vertreterin Sozialwissenschaften
<b>Gäste:</b>	Reto Brand	Bundesamt für Justiz
	Ina Hasenöhrli	Maturandin
	Marco Ronzani	Coach des Betroffenenforums
	Nina Schneider	Bundesamt für Justiz
	Iris Widmer	Bundesamt für Justiz
	Sara Zimmermann	Staatsarchiv des Kantons Zürich
<b>Protokoll:</b>	Rahel Müller	Bundesamt für Justiz
<b>Entschuldigt:</b>	Mirjam Aebischer	Integras Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik
	Pierre Avvanzino	Vertreter Historiker
	Olivier Baud	Fondation officielle de la Jeunesse
	Jacqueline Fehr	Parlamentarische Gruppe für Opfer von FSZM
	Simon Hofstetter	Schweizerischer evangelischer Kirchen- bund SEK
	Martin Lengwiler	Vertreter Historiker
	Fritz Schober	Schweizerischer Bauernverband SBV



1 Sitzungsbeginn: 09.50 Uhr

2 **1. Begrüssung und Mitteilungen**

3 Der Delegierte eröffnet die Sitzung und dankt dem Staatsarchiv des Kantons Zürich für das  
4 Gastrecht. Ziel und Schwerpunkt der Sitzung sei die Besprechung der materiellen Fragen  
5 des Vorentwurfs des Schlussberichts.

6 Der Delegierte gibt die Entschuldigungen und die Vertretungen bekannt. Er informiert insbe-  
7 sondere, dass Frau Oetliker heute das letzte Mal am RT den Städteverband vertreten werde.  
8 Er dankt Frau Oetliker für die geleistete Arbeit und betont die Wichtigkeit des Engagements  
9 der Städte.

10 Als besonderen Gast begrüsst der Delegierte Frau Hasenöhrli. Frau Hasenöhrli hat ihr Preis-  
11 geld von CHF 1'000 für ihre Maturitätsarbeit "Unfreiwillige Anstaltsversorgungen in der  
12 Schweiz" dem Soforthilfefonds zukommen lassen. Im Namen des RT bedankt sich der Dele-  
13 gierte für diese grosszügige Geste.

14 **2. Genehmigung des Protokolls des 4. RT**

15 Das Protokoll wird mit bestem Dank an die Verfasserin genehmigt.

16 **3. Informationen zu**

17 **3.1 Inkraftsetzung Rehabilitierungsgesetz**

18 Der Delegierte informiert, der Bundesrat habe am 21. Mai 2014 beschlossen, das Rehabili-  
19 tierungsgesetz auf den 1. August 2014 in Kraft zu setzen. Die unabhängige Expertenkom-  
20 mission werde im Verlauf des Herbstes eingesetzt, damit sie Anfang 2015 die Arbeit auf-  
21 nehmen könne.

22 **3.2 Soforthilfe; aktueller Stand und Entwicklungen**

23 Gemäss Auskunft des Delegierten liegen mit Ausnahme von 4 Kantonen von allen Kantonen  
24 Entscheide vor. Der Kanton Waadt werde einen separaten Fonds alimentieren, hierbei aber  
25 einen Betrag vorsehen, der den Empfehlungen der SODK entspreche. Der Delegierte ver-  
26 weist zudem auf verschiedene Alimentierungen durch Dritte (z.B. das Kloster Fischingen,  
27 Vertreter der Pharmaindustrie, verschiedene Städte). Es seien bereits rund 2 Millionen Fran-  
28 ken einbezahlt worden und über 100 Gesuche eingegangen.

29 Der Delegierte verweist auf die 4. Sitzung des RT, an welcher über den Ausschuss zur Beur-  
30 teilung der Soforthilfegesuche und insbesondere über die bei der Zusammensetzung zu be-  
31 rücksichtigenden Kriterien informiert worden sei. Der Ausschuss habe zwischenzeitlich ein-  
32 gesetzt werden können. Es würden zwei Betroffene vertreten sein: Frau Scheidegger und  
33 Herr Allemann. Frau Zürcher vom Gemeindeverband, die eine grosse Erfahrung im Bereich  
34 Sozialhilfe und im Sozialversicherungsrecht habe, werde als weitere Vertreterin des RT am  
35 Ausschuss teilnehmen. Die vierte Teilnehmerin sei Frau Bernard, Leiterin der Anlaufstelle  
36 des Kantons FR. Der Delegierte werde den Ausschuss leiten. Die Arbeiten würden in den  
37 nächsten Tagen aufgenommen.

- 1 Herr Zwahlen führt aus, in seiner Organisation habe betreffend Gesuchsformular ein Auf-  
2 schrei stattgefunden. Es gebe Datenschutzverletzungen sowie unnötig abgefragte Informati-  
3 onen, um nur einige Punkte zu nennen. Er verlange eine Überarbeitung des Formulars.  
4 NR Schneider Schüttel bestätigt, ihr seien die gleichen Rückmeldungen zugetragen worden.  
5 Es bestehe der Wunsch nach einer Vereinfachung des Formulars oder es sei zumindest  
6 nicht formalistisch zu entscheiden. Herr Claude schliesst sich dieser Forderung an.
- 7 Frau Hanselmann informiert, die Anlaufstellen würden beim Ausfüllen der Formulare helfen.  
8 Frau Hilafu weist darauf hin, dass es nicht genüge, wenn die Anlaufstellen den Betroffenen  
9 die Gesuche lediglich per Post zustellen. Frau Biondi verweist auf gute Feedbacks von Be-  
10 troffenen betreffend einzelne Anlaufstellen, die teilweise auch Hausbesuche anbieten wür-  
11 den. Der Delegierte betont, diese Leistung sollte durch alle Anlaufstellen angeboten werden.  
12 Bei Anfragen von Betroffenen beim Sekretariat FSZM werde künftig auch angeboten, dass  
13 Betroffene mitteilen könnten, dass die Anlaufstelle mit ihnen Kontakt aufnehmen soll.
- 14 Der Delegierte informiert auf Frage hin, dass im BJ sichergestellt sei, dass nur jene Perso-  
15 nen Möglichkeit zur Einsicht in die Gesuche haben, die sich damit befassen würden. Auch  
16 die sichere Aufbewahrung sei gewährleistet. Ihm sei nicht klar, inwiefern datenschutzrechtli-  
17 che Bestimmungen verletzt würden. Er räumt ein, das Formular sei lang. Dies sei auch des-  
18 halb, weil verschiedene Anliegen berücksichtigt worden seien. Dem Formular sei aber zu  
19 entnehmen, welche Angaben freiwillig seien. Bei Fehlen solcher freiwilliger oder nicht zwin-  
20 gend benötigter Angaben würden keine weiteren Abklärungen zur Erlangung der Angaben  
21 vorgenommen. Er versichert, dass keine formalistische Prüfung erfolgen werde. Ein Mini-  
22 mum an Angaben sei jedoch notwendig um sicherzustellen, dass eine gesuchstellende Per-  
23 son die Voraussetzungen für die Soforthilfe tatsächlich erfülle.
- 24 Der Delegierte stellt in Aussicht, der Ausschuss werde eine Anpassung des Formulars prü-  
25 fen, falls sich dies als nötig zeige. Anliegen könnten schriftlich beim Ausschuss deponiert  
26 werden.
- 27 Die Anwesenden diskutieren die Frage des Zusammenwirkens zwischen dem Bundesamt für  
28 Justiz, der Glückskette und der Anlaufstelle im Bereich der Soforthilfe. Der Delegierte infor-  
29 miert, dass einzig Teil A des Formulars zusammen mit dem Entscheid des Ausschusses an  
30 die Glückskette weitergeleitet werde. Die Glückskette habe keinen Kontakt mit den Anlauf-  
31 stellen. Die Rolle der Glückskette beschränke sich auf die Auszahlung der Gelder und die  
32 Ausführung allfälliger Stichproben. Bei Grenzfällen werde selbstverständlich eine eingehende  
33 Prüfung inklusive einer Kontaktaufnahme vorgenommen. Der Delegierte appelliert an die  
34 Mitglieder des RT dazu beizutragen, das Verständnis für diese Umstände bei den Betroffe-  
35 nen zu fördern und diese zu informieren. Den Betroffenen sei zu empfehlen, Kontakt mit den  
36 Anlaufstellen aufzunehmen.
- 37 Auch die Speziallösung des Kantons Waadt wird diskutiert. Beim BJ eingehende Gesuche  
38 von Opfern aus dem Kanton Waadt würden an diesen weitergeleitet. Im Übrigen würden  
39 auch Gesuche aus den Kantonen Genf und Neuenburg entgegengenommen, auch wenn  
40 diese beiden Kantone sich bislang noch nicht finanziell am Soforthilfefonds beteiligt hätten.  
41 Betreffend Endtermin zur Einreichung von Soforthilfe vom 30. Juni 2015 hält der Delegierte  
42 fest, dieser werde grosszügig verstanden, falls das Geld reiche.
- 43 Herr Jost merkt an, er sei mit der Verfahrensweise betreffend Einsetzung des Ausschusses  
44 überhaupt nicht einverstanden. Er möchte zur Abstimmung bringen, dass solche Entscheide  
45 gemäss dem Paritätsprinzip zu fällen seien. Die Betroffenenseite habe mit gleichem Stimm-  
46 gewicht wie die andere Seite hier mitzubestimmen. Der Delegierte verweist auf die ausge-  
47 wogene Zusammensetzung des Ausschusses (Betroffene, Nichtbetroffene, Know-how,  
48 Sprachregionen, Geschlechter). Der Ausschuss werde durch ihn geleitet, weil er letztlich für  
49 die Ausrichtung der Gelder verantwortlich sei. Die Kriterien zur Zusammensetzung seien

1 mitgeteilt und nun angewendet worden. Herr Jost betont, er erwarte einen besseren Einbe-  
2 zug der Betroffenen. Der Delegierte bestätigt, die Zusammensetzung für künftige Ausschüs-  
3 se könne gerne diskutiert werden.

4 Frau Hilafu macht beliebt, es habe eine bessere Information in den Pfarr- und Gemeindeblät-  
5 ter zu erfolgen. Herr Bürgstein informiert, in der katholischen Kirche seien Empfehlungen  
6 ausgesprochen worden. Herr Frey ergänzt für die reformierte Kirche, dass eine Information  
7 erfolgt sei. Frau Keller fügt an, sie werde sich darum kümmern, dass die Frauenorganisatio-  
8 nen und die in der EKF vertretenen Sozialpartner konkrete Informationen zum Thema So-  
9 forthilfe erhalten. Frau Zürcher verweist auf die Aprilausgabe der Zeitschrift "Schweizer Ge-  
10 meinde", wo eine Information erfolgt sei. Sie bestätigt, dass eine gewisse Zeit erforderlich  
11 sei, bis alle Dienststellen informiert seien. Frau Oetliker informiert über das erfolgte Schrei-  
12 ben des Städteverbandes und eine durchgeführte Informationsveranstaltung. Das Schreiben  
13 sei auf der FSZM-Homepage aufgeschaltet. Frau Biondi bedankt sich beim Städteverband  
14 für die Möglichkeit, an der Veranstaltung als Betroffene zu sprechen. Sie würde es begrü-  
15 sen, wenn solche Vorträge auch bei den Kantonen möglich seien und die Vorträge auf der  
16 Homepage publiziert würden.

17 Der Vorsitzende dankt für diese Informationen und betont die Wichtigkeit der Multiplikato-  
18 renwirkung der Mitglieder des RT.

19 Herr Claude führt aus, die Kirchen seien an den Arbeiten des RT nicht genügend beteiligt, er  
20 fordere ein aktiveres Verhalten. Insbesondere die katholische Kirche in der Westschweiz  
21 habe sich zu bewegen. Der Delegierte ruft den RT auf, einzelne Mitglieder nicht an den  
22 Pranger zu stellen. Er bietet den Herren Claude und Cevey an, zusammen mit Herrn Bürg-  
23 stein mit dem Bischof von Freiburg bestehende Probleme zu klären.

24 Frau Biondi erkundigt sich, ob die Namen der seinerzeitigen Akteure bekannt gegeben wer-  
25 den. Herr Gnädinger verweist auf die verschiedenen Fälle. Hier sei gegebenenfalls eine Pra-  
26 xis zu entwickeln. Frau Hilafu bestärkt, die seinerzeitigen Täter müssten ein Gesicht bekom-  
27 men, auch beim Namen. Der Delegierte führt aus, man nehme dies auf und prüfe, wie das im  
28 Bericht besser zum Ausdruck kommen könne.

29 Frau Biondi ergänzt, sie vermisse einen Text im Bericht zum katastrophalen Medikamenten-  
30 missbrauch. Auch diese Diskussion müsse stattfinden. Der Delegierte schlägt vor, das The-  
31 ma im Bericht anzusprechen und im Rahmen der wissenschaftlichen Aufarbeitung vertieft zu  
32 diskutieren.

33 Herr Schüpbach schlägt eine vertiefte Aufklärung der Parlamentarier vor. Der Delegierte er-  
34 läutert, dass – falls es dem RT gelinge, eine Vorlage ins Parlament zu bringen – das Thema  
35 auch im Parlament diskutiert werde. Dies sei aber nur möglich, wenn konstruktiv zusammen-  
36 gearbeitet werde. Falls dies nicht gelinge, werde sich das Parlament evtl. im Rahmen der  
37 Volksinitiative mit dem Thema befassen.

### 38 **3.3 Anlaufstellen-Treffen vom 3. Juni 2014**

39 Frau Hanselmann informiert über das Treffen der Anlaufstellen vom 3. Juni 2014. Der Dele-  
40 gierte habe viele Fragen betreffend Soforthilfe beantworten können. Bis jetzt seien 600 Per-  
41 sonen in Beratung bei den Anlaufstellen. 115 Personen hätten um Hilfe bei der Gesuchsaus-  
42 füllung angefragt. Frau Aeschlimann ergänzt, es bestehe ein grosses Interesse der Anlauf-  
43 stellen an den Austauschtreffen. Sie bittet die Vertreter der Organisationen, die Betroffenen  
44 aufzufordern, Hilfe beim Ausfüllen des Formulars anzufordern. Sie informiert, bei den ver-  
45 sendeten Formularen habe ein Schreiben beigelegt, dass Unterstützung beim Ausfüllen  
46 geleistet werde.

1 Der RT diskutiert die Frage der juristischen Unterstützung der Opfer. Es wird insbesondere  
2 ein Fall diskutiert, in welchem ein Opfer an einen Juristen weiterverwiesen worden sei, wel-  
3 cher die Forderung des Opfers als verjährt eingeschätzt habe. Der Delegierte gibt zu beden-  
4 ken, dass die Frage der Verjährung in der Lehre umstritten sei. Herr Huonker schlägt vor,  
5 einen Pilotprozess zu führen, dessen Kosten nicht durch die Opfer zu tragen sei. Der Dele-  
6 gierte stellt klar, er habe keine Einwände gegenüber einem Pilotprozess. Er warne aber vor  
7 enttäuschten Hoffnungen. Sein zentrales Anliegen sei, dass die Erwartungen der Betroffenen  
8 erfüllt werden.

### 9 **3.4 Feedback Empfehlungen Archivierung und Akteneinsicht**

10 Frau Zimmermann informiert über das für den Kanton Zürich erstellte Mengengerüst, wel-  
11 ches versuche, die Betroffenzahl zu erheben. Sie weist darauf hin, dass es mit einem ver-  
12 tretbaren Aufwand nicht möglich sei, Zahlen für sämtliche fürsorgerische Zwangsmassnah-  
13 men zu eruieren. Auf Frage von Herrn Huonker hin informiert sie, dass die zweite Hälfte des  
14 letzten Jahrhunderts berücksichtigt worden sei. Der Delegierte informiert, es handle sich  
15 beim vorgestellten Mengengerüst um eine Vorarbeit für die wissenschaftliche Aufarbeitung.  
16 Dies sei eine ausserordentlich wertvolle Grundlage. Herr Gnädinger bestätigt, es handle sich  
17 um Forschungsarbeit und nicht um die eigentliche Arbeit der Archive. Frau Hilafu informiert,  
18 bei den Zwangsadoptierten finde man das Zwangselement in den Akten nicht. Hier brauche  
19 es die Aussagen der Betroffenen. Die Arbeiten seien entsprechend schnell an die Hand zu  
20 nehmen. Herr Zwahlen verweist auf die in Auftrag gegebene Pilotstudie des Vereins Netz-  
21 werk Verdingt. Dieser Bericht werde im September vorliegen. Auch hier bestehe das Ziel der  
22 anschliessenden wissenschaftlichen Vertiefung. Frau Hilafu macht auf den Umstand auf-  
23 merksam, dass Adoptionsakten, die älter als 50 Jahre seien, vernichtet würden. Herr Gnä-  
24 dinger ergänzt, dass dies nicht für alle Archive zutreffe.

### 25 **3.5 Volksinitiative**

26 NR Schneider Schüttel informiert als Mitglied des Initiativkomitees, dass bereits 45'000  
27 Unterschriften gesammelt worden seien, was ein sehr gutes Ergebnis sei. In den nächsten  
28 Tagen würden im Zusammenhang mit dem Sternmarsch weitere Unterschriftenaktionen  
29 stattfinden. Herr Huonker ergänzt, die Leute seien gern bereit zu unterschreiben. Das Echo,  
30 es sei viel zu viel Geld, komme selten. Aufklärungsbedarf bestehe betreffend Zusammen-  
31 spiel Soforthilfe und Initiative. Herr Zwahlen bestätigt das Wohlwollen in der Bevölkerung.  
32 Die Unterstützung sei sehr gross. Der Delegierte hält abschliessend fest, dass auch im Be-  
33 richt das Verhältnis zwischen der Volksinitiative zu den Arbeiten des RT aufgezeigt werde.

### 34 **3.6 Diverse Kontakte des Delegierten**

35 Der Delegierte verweist auf das bereits Gesagte und informiert über weitere anstehende Ge-  
36 spräche. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage diskutiert, ob Betroffene bei der  
37 Vorstandssitzung des Bauernverbandes teilnehmen könnten. Herr Kopp nimmt dieses Anlie-  
38 gen zur Prüfung entgegen.

### 39 **4. Bericht SIR**

40 Herr Brand informiert, Herr Heckendorn sei heute leider verhindert. Er nehme Fragen aber  
41 gerne entgegen. Der Bericht liege zurzeit nur in deutscher Sprache vor, die französische  
42 Fassung werde sobald wie möglich nachgeliefert. Der Delegierte ergänzt, der Bericht sei  
43 eine wichtige Grundlage für die weiteren Arbeiten.

44 Frau Hilafu bedauert, dass betreffend Adoptionen lediglich Australien aufgeführt werde. Herr  
45 Bürgstein hinterfragt, wie mit der finanziellen Ankerkennung umzugehen sei. Diesbezüglich  
46 habe ihm der Bericht nicht weitergeholfen. Der Delegierte erläutert, der Bericht zeige unter-

1 schiedliche Modelle auf. Frau Wigger vermisst einen eigentlichen Vergleich bzw. eine Analy-  
2 se der Ergebnisse. Der Delegierte informiert, die Ableitung von Empfehlungen sei nicht Teil  
3 des Auftrages gewesen. Herr Zwahlen erachtet den Bericht als sehr gute Grundlage. Er ver-  
4 weist auf die Zusammenstellung von Herrn Huonker, welche zusätzliche aktuelle Entwick-  
5 lungen berücksichtige. Diese Zahlen könnten geliefert werden. Herr Huonker betont, es sei  
6 wichtig für die Politik zu sehen, wo die Schweiz im internationalen Vergleich stehe. Der Be-  
7 richt sei zu verbreiten - auch in den Kirchen. Frau Seglias erkundigt sich, ob eine Zusam-  
8 menfassung vorgesehen sei. Herr Brand informiert, dass dies bisher nicht vorgesehen sei,  
9 der Gedanke werde aber aufgenommen. Herr Huonker empfiehlt, den Bericht in der heutigen  
10 Medienmitteilung gebührend zu erwähnen. Der Delegierte unterstützt dieses Anliegen. Frau  
11 Hilafu erkundigt sich nach der Möglichkeit, den Bericht zu ergänzen. Der Delegierte schliesst  
12 nicht aus, dass bei später eintreffenden Zusatzinformationen und neuen Erkenntnissen eine  
13 ergänzte Fassung erstellt werde. Alternativ könnten Zusatzinformationen auch in gleicher  
14 Form zugänglich gemacht werden. Er fordert die Mitglieder des RT auf, Zusatzinformationen  
15 zu liefern.

## 16 **5. Diskussion Vorentwurf Schlussbericht RT**

17 Der Delegierte dankt den Mitgliedern des RT für die bereits gelieferten Beiträge und Ände-  
18 rungsanträge zum Text des Berichts. NR Schneider Schüttel unterstützt weitgehend die Än-  
19 derungsanträge von Herrn Huonker. Der Delegierte macht beliebt, die heutige Diskussion auf  
20 materielle Aspekte zu beschränken. Für die redaktionelle Überarbeitung habe Herr Huonker  
21 vorgeschlagen, diese in einer kleinen Gruppe von 3-5 Personen vorzunehmen. Er stellt zur  
22 Diskussion, wer in der Redaktionsgruppe mitwirken wolle. Der Delegierte betont, dass mate-  
23 rielle Anliegen heute einzubringen seien. Redaktionelle Anliegen könnten zudem bis am  
24 *Donnerstag, 12. Juni*, schriftlich eingereicht werden.

25 Der Delegierte schlägt in Umsetzung des Antrages Jost vor, die Betroffenen sollen 2 Vertre-  
26 ter für die Redaktionsgruppe bestimmen. Herr Jost informiert, Elisabeth Keller werde neben  
27 Herrn Huonker in der Redaktionsgruppe mitwirken.

### 28 Generelle Bemerkungen:

29 Der Delegierte informiert betreffend Teil C.3, dieser sei als beispielhafte Aufzählung zu ver-  
30 stehen um zu verdeutlichen, dass sehr vieles gut laufe. Die Erstellung eines Gesamtbildes  
31 sei nicht möglich. Im Zentrum des Berichts würden die Massnahmenvorschläge stehen. Er  
32 betont die Wichtigkeit, sich bei den Massnahmenvorschlägen zu konzentrieren und weist  
33 darauf hin, dass der Bericht bundesratstauglich sein müsse. Wenn im Bundesrat keine  
34 Mehrheit für die Ausarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage bestehe, habe der RT verlo-  
35 ren. Vorstellbar sei in Einzelfällen auch, dass im Bericht die Redewendung "eine Mehrheit  
36 schlägt vor" verwendet werde.

37 Die Mitglieder des RT danken den Beteiligten für die Erstellung des Vorentwurfs. Mehrere  
38 Mitglieder des RT stellen die Lieferung von zusätzlichen schriftlichen Beiträgen in Aussicht.

39 Es werden folgende allgemeine Punkte (an-)diskutiert/festgestellt/kritisiert:

- 40 – (ungenügende) Ausgewogenheit des Vorentwurfs;
- 41 – Auswirkungen der Rollenzuweisungen (Männer/Frauen);
- 42 – Problematische Formulierungen (z.B. "einige Betroffene seien daran gewachsen");
- 43 – (keine bzw. ungenügende) explizite Nennung des sexuellen Missbrauchs;
- 44 – Wichtigkeit der Fokussierung im Massnahmeteil;
- 45 – Gewichtung getroffene Massnahmen / Massnahmenvorschläge (sowie Begründung  
46 der Notwendigkeit der Massnahmenvorschläge); evtl. neue Struktur;

- 1 – C. 1; 2. Absatz: Frau Biondi verweist zusätzlich auf den Einsatz von Frau Keller; Herr
- 2 Bürgstein verweist auf bisherige Gutachten wie jenes des Klosters Fischingen;
- 3 – Präzisere Begrifflichkeit: z.B. "Heim" / "Anstalten";
- 4 – Terminologie: Um Entschuldigung wird gebeten;
- 5 – Ergänzung Ziffer F;

6 Frau Grob unterbreitet den Vorschlag, gemeinsam mit den Herren Cevey und Claude die  
7 französischen Begriffe zu überprüfen. Dieser Vorschlag wird dankend angenommen.

8 Testimonials: Der Delegierte verweist auf die ausgeteilte Übersicht. Die Vorstellung sei, dass  
9 für die Testimonials bestimmte Personen auf einer halben bis dreiviertel Seiten ihre Ge-  
10 schichte erzählen könnten. Frau Hilafu weist darauf hin, dass nicht von zwangsadoptiert,  
11 sondern von Zwangsadoption gesprochen werden sollte. Sie äussert das Anliegen, dass  
12 auch die Zweitgeneration sowie eine Betroffene, die sich psychischen Tests habe unterzie-  
13 hen müssen, aufgenommen werden. Der Delegierte fordert Frau Hilafu auf, sich mit Vor-  
14 schlägen beim Sekretariat zu melden. Herr Zwahlen erläutert, eine Kürzung auf eine halbe  
15 Seite sei sehr problematisch. Der Delegierte bestätigt, ihm sei das Problem bekannt. Er ver-  
16 weist auf bereits vorliegende Testimonials in der gebotenen Kürze. Herr Oberholzer schlägt  
17 vor, auf der Webseite des Delegierten auch längere Testimonials zu publizieren. Der Dele-  
18 gierte begrüsst diesen Vorschlag und ergänzt, die Publikation könne auch auf den Websites  
19 der Organisationen erfolgen.

#### 20 Diskussion des Teils D:

- 21 – **1.3.1**: Der RT prüft den Antrag des Vereins RAVIA, im Schloss Hindelbank sei eine  
22 Gedenktafel anzubringen. Die Formulierungen "an wichtigen Orten für die verschie-  
23 denen Gruppen von Betroffenen" sowie "Orte, die eine besondere Bedeutung haben"  
24 werden diskutiert. Es wird beliebt gemacht, nicht bei jeder Massnahme darauf hinzu-  
25 weisen, dass die Betroffenen bei der Umsetzung einzubeziehen seien. Der Delegierte  
26 schlägt vor, dieses grundsätzliche Anliegen unter 7.2.1. festzuhalten.
- 27 – **2.2.1**: Frau Hilafu stellt klar, es gehe nicht um die Errichtung einer neuen Organisati-  
28 on, sondern um einen gemeinsamen Webauftritt. Neue Formulierung: "Finanzierung  
29 einer gemeinsamen Plattform für Suchdienste".
- 30 – **2.2.2**: Es wird klargestellt, dass die erwähnten Kostenbeiträge unter dem Opferhilfe-  
31 gesetz nicht mit dem Solidaritätsfonds zu verwechseln seien. Der Massnahmenvor-  
32 schlag ist zu ergänzen, damit klar wird, dass bei der Ausdehnung des Geltungsbe-  
33 reichs des Opferhilfegesetzes auch Zusatzbedarf in personeller und finanzieller Hin-  
34 sicht bestehe.
- 35 – **3.1.3**: Der Delegierte macht beliebt, den Antrag von Herrn Huonker betreffend wis-  
36 senschaftliche Aufarbeitung in den Kantonen und grösseren Städten unter 5.3.1. auf-  
37 zunehmen. Der RT diskutiert, wie Doppelspurigkeiten einerseits sowie negative  
38 Kompetenzkonflikte (niemand fühlt sich zuständig) andererseits verhindert werden  
39 können. Herr Huonker stellt klar, es gehe darum, das bisher Geleistete lobend he-  
40 rauszustreichen. Der RT betont die Wichtigkeit der Koordination.
- 41 – **3.2.1**: Im Zusammenhang mit dem Antrag von Herrn Claude, die katholische Kirche  
42 sei zu verpflichten, ihre Archive zu öffnen, weist der Delegierte darauf hin, dass bei  
43 allen Vorschlägen auf die Nennung eines Adressaten verzichtet worden sei. Seine  
44 Vorstellung sei, dass wenn der Bericht verabschiedet worden sei, in einem nächsten  
45 Schritt die Verantwortlichkeiten festgelegt werden. Dies sei Teil der Umsetzung, die  
46 beschlossen werden müsse. Es wird festgehalten, der Begriff "Sensibilisierung" sei zu



- 1 schwach und es gehe nicht um die Archive, sondern um die verantwortlichen Perso-  
2 nen.
- 3 – **3.2.4:** Unter Berücksichtigung der schwierigen Realisierung einer Übergangslösung  
4 ist die gewählte Formulierung anzupassen.
- 5 – **4.2.1:** Erwähnung, dass Soforthilfe grundsätzlich nur einmalig ausbezahlt wird. An-  
6 passung der Reihenfolge im Kästchen.
- 7 – **4.2.2/4.2.3:** Herr Kopp weist darauf hin, dass der SBV den gewählten Vorschlag nach  
8 wie vor als politisch sehr schwer umsetzbar erachte und deshalb einen Härtefallfonds  
9 bevorzuge. Er beantragt, dass aus dem Bericht hervorgehe, dass der Solidaritäts-  
10 fonds lediglich grossmehrheitlich gewünscht werde. In diesem Zusammenhang beto-  
11 nen mehrere Mitglieder des RT, dass die Entscheide in den Organisationen noch  
12 nicht vorliegen würden und am RT lediglich persönliche Meinungen wiedergegeben  
13 werden. Auch der Delegierte bestätigt, er vertrete seine persönliche Meinung und er  
14 könne nicht garantieren, dass der Bundesrat und das Parlament den Vorschlägen  
15 folgen werden. Dies sei auch der Grund, weshalb bei den finanziellen Leistungen ei-  
16 ne möglichst offene Formulierung gewählt worden sei. Ziel sei, dass der Prozess wei-  
17 tergehe.
- 18 Der RT diskutiert den Antrag von Herrn Huonker, die Bandbreite der einheitlichen In-  
19 dividualauszahlungen von CHF 80'000 - CHF 120'000 explizit im Bericht zu nennen.  
20 Es wird über die Vor- und Nachteile der Nennung einer Zahl zum jetzigen Zeitpunkt  
21 diskutiert. Der Delegierte verweist auf den Umstand, dass eine kombinierte Lösung  
22 vorgeschlagen werden solle (Solidaritätsfonds kombiniert mit weiteren finanziellen  
23 Massnahmen wie eine Aufstockung der AHV-Renten). Das Zusammenspiel zwischen  
24 den Ziffern 4.2.2 und 4.2.3 müsse noch klarer aus dem Bericht hervorgehen. Er  
25 schlägt eine Formulierung vor, die festhalte, dass das Gesamtpaket der finanziellen  
26 Leistungen dazu führen müsse, dass die Betroffenen einen substantiellen Beitrag er-  
27 halten, der auch im internationalen Vergleich standhalten könne. Er schlägt vor, an  
28 der Schlussitzung die Frage der Nennung eines Betrages nochmals aufzunehmen.
- 29 **Mehrere Mitglieder des RT (Vertreter von Behörden, Organisationen und Betroffene)**  
30 **akzeptieren zwar persönlich die von Seiten der Opferorganisationen geforderte Höhe**  
31 **der finanziellen Leistungen und halten auch fest, dass sich bisher niemand am RT**  
32 **ausdrücklich dagegen ausgesprochen habe, sie seien aber ebenfalls dagegen, einen**  
33 **konkreten Individualbeitrag im Bericht zu nennen.**
- 34 Abstimmung: Auf Antrag von Herrn Huonker stimmt der RT über die Durchführung ei-  
35 ner Konsultativabstimmung ab zur Frage, wer von den stimmberechtigten Mitgliedern  
36 hinter der Zahl stehe: 9 (ja); 9 (nein). Der Delegierte hält per Stichentscheid fest, dass  
37 die Abstimmung nicht an dieser Sitzung erfolgen werde.
- 38 – **4.3.2 a-c:** Anpassungen werden im Nachgang an das Gespräch mit dem Bundesamt  
39 für Sozialversicherungen vorgenommen - die Diskussion wird deshalb vertagt.
- 40 – **4.3.2 d:** Der RT diskutiert über die Frage eines Steuererlasses. Es wird betont, über  
41 den Vorschlag könne erst befunden werden, wenn das Gesamtpaket vorliege.
- 42 Frau Wigger erkundigt sich, wie der Bericht durch den Bundesrat behandelt werde. Der De-  
43 legierte informiert, der Bericht werde dem Bundesrat zu Kenntnis gebracht. In Verbindung  
44 mit der Kenntnissgabe des Berichts, werde das Departement (vorausgesetzt, das Departe-  
45 ment sei damit einverstanden) dem Bundesrat beantragen, es sei der Auftrag zu einer Ge-  
46 setzesvorlage zu erteilen. Bei den Massnahmen, die vom Bundesrat beschlossen werden  
47 (z.B. Auftrag an den Nationalfonds zur Initialisierung eines Nationalfondsprojekts), werde es  
48 ebenfalls entsprechende Anträge brauchen.

1 **6. Weiteres Vorgehen**

- 2 Protokollanmerkung: Der Zeitplan berücksichtigt die per 11. Juni 2014 per Mail mitgeteilten  
3 Präzisierungen.

14. Juni 2014	Redaktionssitzung
17. Juni 2014	Versand der überarbeiteten Fassung des Vorentwurfs
20. Juni 2014	Frist zur Einreichung allfälliger Bemerkungen
24. Juni 2014	zusätzliche Sitzung des RT
1. Juli 2014	Vormittag: RT, Detailkorrekturen und formelle Verabschiedung Nachmittag: Medienkonferenz

4 **7. Medienmitteilung**

- 5 Der Delegierte informiert über die Eckwerte der Medienmitteilung.

6 **8. Verschiedenes**

- 7 Der Delegierte bedankt sich für das Gastrecht im Staatsarchiv des Kantons Zürich und bei  
8 den Übersetzerinnen für ihre grossartige Arbeit.

- 9 Sitzungsende: 17:10 Uhr